

dbb regional magazin

Januar/Februar 2020 ▪ 27. Jahrgang

Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen

1/2

Wolfgang Schäuble:

„Die Einheit im Fühlen und Denken der Deutschen ist noch nicht vollendet“

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bei der dbb Jahrestagung

„Die Einheit im Fühlen und Denken der Deutschen ist noch nicht vollendet“

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ist einer der wenigen heute noch aktiven Politiker, die die Wendezeit maßgeblich mitgestaltet haben. Bei der dbb Jahrestagung am 6. und 7. Januar 2020 in Köln warf er einen Blick zurück auf die Zeit vor 30 Jahren – und ihre bis heute spürbaren Folgen.

„Herrschaft ist im Alltag primär Verwaltung“, zitierte Schäuble eingangs den Soziologen Max Weber, um auf die besondere Bedeutung des öffentlichen Dienstes während des Einigungsprozesses aufmerksam zu machen. „Im Prozess zur deutschen Einheit bedurfte es zwar auch mutiger und weitblickender politischer Entscheidungen, aber eben nicht nur. Zwischen dem Mauerfall und dem 3. Oktober 1990 lagen gerade einmal 329 Tage, nicht einmal ein Jahr. Trotzdem verlief die Wiedervereinigung in geordneten Bahnen. Und das verdanken wir eben auch der Arbeit der Angehörigen des öffentlichen Dienstes.“

Der Bundestagspräsident erinnerte daran: „Es wurde über Nacht und mit wenigen Ausnahmen die bundesrepublikanische Rechtsordnung übernommen.“ Das Grundgesetz habe damit in dieser beispiellosen Ausnahmesituation bewiesen, dass es sowohl Stabilität gewährleiste, als auch gleichzeitig ausreichend anpassungsfähig sei, um auf politische Veränderungen und entstehenden gesellschaftlichen Wandel reagieren zu können. Die Verfassung könne aber immer nur einen Rahmen setzen, der von den Menschen getragen und durch die Politik ausgefüllt werden müsse. „Einen Rahmen, in dem sich der gesellschaftliche Zusammenhalt

im Alltag beweisen muss. Die staatliche Einheit ist heute vollendet. Aber die Einheit im Fühlen und Denken der Deutschen ist es offensichtlich noch lange nicht.“

► **Föderalismus: Erfolgsfaktor für die Wiedervereinigung?**

Als einen Beleg führte Schäuble eine Studie an, laut der sich eine spezifisch ostdeutsche Identität verfestigte. Während sich 72 Prozent der Westdeutschen in erster Linie als „Deutsche“ und nicht als „Westdeutsche“ verstünden, identifizierten sich viele Ostdeutsche immer noch mit ihrem früheren Staatsgebiet – und sähen sich mehrheitlich eben nicht in erster Linie als „Deutsche“, sondern als Ostdeutsche. „Das ist 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ein bemerkenswerter Befund“, so der CDU-Politiker. „Denn eine Generation nach dem Mauerfall spiegelt die Zuschreibung als Ost- oder Westdeutscher die Wirklichkeit unseres Landes doch kaum mehr wider.“ Vor allem stelle sich die Frage, wie sich diese Zuordnung in Ost und West mit der föderalen Ordnung als Grundprinzip des Staates verträglich verhalten.

„Die regionale Vielfalt ist Teil unserer Identität, sie ist im ersten Ringen zwischen Einheit und Vielfalt bis heute prägend.



> Wolfgang Schäuble

1990 war der Föderalismus keineswegs nur eine juristische Voraussetzung für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit über den Beitritt der neuen Länder nach dem damaligen Art. 23. Er war ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Gelingen der deutschen Einheit“, so Schäuble. Es gerate nämlich in den Debatten über Ost und West schnell in Vergessenheit, dass die 1990 wiederbegründeten Länder „für viele Ostdeutsche identitätsstiftend waren. Deswegen sei seine Idee, im Zuge der Wiedervereinigung eine Neugliederung der Länder anzustreben, auch auf wenig Gegenliebe gestoßen. „Da hat mir Lothar de Maizière

gesagt: ‚Lass bloß die Finger davon. Das kann nur schiefgehen‘“, erinnerte sich Schäuble. „Die neuen Länder waren also für viele Ostdeutsche ein Stück Heimat. Und sie haben so zur Akzeptanz des zwar von den meisten gewollten, aber doch fremden Systems beigetragen.“

► **„Der Osten“ ist vielfältig**

Dieser Umstand der Identifikation mit den Ländern und Regionen sei aber aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden, so Schäuble weiter: „Wir alle sind ja von unserer Herkunft geprägt. Ich bin zuerst Badener. So wie andere

© Marco Urban

Bayern oder Franken, Westfalen oder Hamburger sind, oder eben Sachsen oder Märker. Es spielt in der medialen Wahrnehmung aber eine untergeordnete Rolle bei den Ostdeutschen. Die Westdeutschen wissen nicht, dass es zwischen Sachsen und Märkern oder Mecklenburgern und Thüringern große Unterschiede gibt. Da überlagert die ostdeutsche Zuschreibung alles. Und wenn man genauer hinschauen würde, würde sich zeigen, wie vielfältig und auch dissonant auch der vermeintlich einheitlich denkende Osten ist.“

■ Identität schärft sich am Gegenüber

Eine Ursache für das heute spezifisch ostdeutsche Selbstbild, dass das föderale Verständnis teilweise wieder verdrängt habe, liege in der Zeit der Teilung, so Schäuble: „Der Kalte Krieg hat das Denken in Ost und West zementiert. Das ist zwar längst Geschichte, aber es wirkt fort. Identität schärft sich immer an einem Gegenüber. Auch das bundesdeutsche, von Wirtschaftswunder und Westbindung geprägte Selbstverständnis, hatte nicht unwesentlich mit dem Gegner im Systemkonflikt zu tun: Der Bedrohung durch den Kommunismus sowjetischer Prägung und dem real existierenden Sozialismus östlich der Elbe. Gegenüber dieser ideologischen Abgrenzung des Westens prägte die Menschen auf der anderen Seite von Stacheldraht und Mauer etwas anderes: Viele DDR-Bürger verglichen nämlich ihr Leben mit dem der Westdeutschen. Sie hatten es ja im Fernsehen jeden Abend vor Augen. Sie hatten, anders als in der Bundesrepublik, wo das Leben jenseits des Eisernen Vorhangs überwiegend fremd blieb und auch nicht so sonderlich interessierte, immer ein westdeutsches Gegenüber. Und dessen Freiheiten, Wohlstand, Konsummöglichkeiten waren für viele in der DDR das Maß aller Dinge. Anders übri-

gens als in den anderen osteuropäischen Nationen, die sich wie die DDR-Bürger 1989/1990 ihre Freiheit erkämpften, gehörte es zur deutschen Besonderheit, dass Ost und West in einem Staat zusammenwachsen. Das westdeutsche Gegenüber bestand also auch im Transformationsprozess innerhalb der Gesellschaft fort und so blieb es zwangsläufig prägend, sich weiter damit zu vergleichen.“

■ Mangel an Anerkennung ostdeutscher Leistungen

Der Bundestagspräsident betonte, es ergäben sich auch heute noch kritische Fragen „an die Rolle, die der Westen in der Transformation gespielt“ habe: „An einen vielleicht allzu selbstgefälligen Glauben an die Alternativlosigkeit der eigenen Konzepte und Modelle; und an eine allzu überhebliche Erwartung, sich diesen zu unterwerfen. Und so kommt der Mangel an westdeutscher Anerkennung ostdeutscher Lebensleistung.“

Diese Erfahrung und „inzwischen über Generationen tradierte Kränkungen“ im Transformationsprozess der 90er-Jahre, die sich „insbesondere in der negativen Wahrnehmung der Arbeit der Treuhänder manifestierten“ sowie die noch immer als „zu groß empfundenen Unterschiede zwischen den Lebensbedingungen in Ost und West“ und nicht zuletzt die auch dadurch bedingte massive Abwanderung bildeten heute „ein Gemisch für eine Identität, die die gesellschaftliche Spaltung eher zementiert, als sie zu überwinden hilft.“

■ Von der Erfahrung der Ostdeutschen lernen

Mancher Ostdeutsche, bedauerte Schäuble, pflege sogar bewusst Herabsetzungsgefühle und damit den eigenen Opferstatus, statt selbstbewusst darauf zu verweisen, dass man ja

den Menschen im Westen mindestens eine Erfahrung voraus habe: Nämlich die Anpassung an massive gesellschaftliche Umwälzungen. „Und das ist eine wertvolle Erfahrung. Insbesondere seit wir sehen, dass die Zumutungen von Globalisierung und Digitalisierung vor den westlichen Gesellschaften nicht haltmachen. Und wenn wir das in Ost und West gesamtgesellschaftlich erkennen und noch gemeinsam nutzen würden, dann könnte das viel und nachhaltig zur inneren Einheit beitragen.“

■ Die Wende und der öffentliche Dienst

Mit Blick auf die Mitarbeiter des DDR-Staatsapparates, erinnerte sich Schäuble, hätten sich im Zuge der Wiedervereinigung schwierige Fragen gestellt: „Was ist die größere Zumutung für Einigkeit und Recht und Freiheit? Den ostdeutschen Verwaltungsmitarbeitern von vornherein die Übernahme in den gesamtdeutschen öffentlichen Dienst zu verweigern? Oder auch Menschen mit Verantwortung zu betrauen, die im SED-Staat nicht nur tätig, sondern auch belastet waren? Ich habe mich damals gegen Widerstände dafür eingesetzt, die pauschale Entlassung aller einstigen DDR-Mitarbeiter zu verhindern. Personelle Kontinuität hatte es unter ganz anderen Voraussetzungen und historischen Bedingungen auch nach 1945 gegeben. Und so hatte meines Erachtens 1990 jeder auch eine faire Chance verdient.“

Zwar sei der Einsatz von Beamten aus der westdeutschen Bürokratie für den Aufbau einer modernen, effizienten Verwaltung in den neuen Bundesländern unerlässlich gewesen. „Aber heute, 30 Jahre später, sind immer noch viele, viele Führungspositionen in den ja längst nicht mehr „neuen“ Ländern mit Westdeutschen besetzt. Und das ist nicht belanglos. Weder aus Sicht vieler

Ostdeutscher, noch mit Blick auf die Akzeptanz unserer Ordnung“, sagte Schäuble. „Was unter dem Druck der Wiedervereinigung unvermeidlich war, hat langfristig Bindungen an die neue Verwaltung beinträchtigt. Und den Grad der inneren Einheit sollten wir deshalb immer auch daran messen, ob es uns besser gelingt, bei Personalentscheidungen im öffentlichen Dienst wirklich gleiche Startchancen sicherzustellen.“ ■

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030. 4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger
(leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:
Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Michael Jung
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Doreen Löser

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: Walter Schmitz

Verlag: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715.

Anzeigenverkauf: Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714.

Anzeigendisposition: Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 23, gültig ab 1.10.2019

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Lob für Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

Neujahrsempfang: Ministerpräsidentin begrüßt dbb Landesvorsitzenden

Der Vorsitzende des dbb m-v, Dietmar Knecht, hat am 13. Januar 2020 als einer von rund 400 geladenen Gästen am politischen Start ins Jahr 2020, dem Neujahrsempfang der Ministerpräsidentin im Theater Vorpommern zu Stralsund, teilgenommen. Während des Empfangs konnten vielfältige Gespräche geführt werden.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig zeigte sich überzeugt, dass 2020 durch die gemeinsam entwickelten Aktivitäten der Landesregierung und des dbb m-v ein wichtiges Jahr für den öffentlichen Dienst des Landes in Bezug auf Attraktivitätssteigerung und Nachwuchsgewinnung wird. Zudem brachte Schwesig auch ihre Wertschätzung für die Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zum Ausdruck: „Unser Land hat sich in den vergangenen 30 Jahren gut entwickelt. Mecklenburg-Vorpommern hat an Wirtschaftskraft gewonnen. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, die Abwanderung ist gestoppt. Zum Jahreswechsel haben wir



> Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

die Elternbeiträge für die Kitas komplett abgeschafft. All das haben die Menschen in unserem Land geschafft. Diejenigen, die hier geboren wurden,

und diejenigen, die in den vergangenen 30 Jahren nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen sind. Das verdient Anerkennung und Respekt. Vielen

Dank an alle, die sich seit 1990 für unser Land engagiert haben. Das gilt ganz besonders auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den öffentlichen Verwaltungen.“

Erstmals richtete auch Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Grußwort an die Gäste. Zudem wurde der Landesverdienstorden verliehen:

- > an den Theologen Christoph de Boor aus Waren (Müritz) für sein außerordentliches Engagement im Herbst 1989 und weit darüber hinaus,
- > an Hannelore Kohl aus Greifswald für ihre Verdienste beim Aufbau und der Etablierung ehrenamtlicher und demokratischer Strukturen im Land,
- > an den Goalbatter Reno Thiede aus Rostock für seinen großartigen Einsatz für den Sehbehindertensport im Land und auf internationaler Ebene.

Landesregierung steht zu ihrem Wort

Weitere Maßnahmen zur Erhaltung der Zukunftsfähigkeit der Landesverwaltung

Ende 2019 hatte die Landesregierung die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in die Staatskanzlei eingeladen, um die Eckpunkte für ein noch in dieser Legislatur geplantes Besoldungsneuregelungsgesetz vorzulegen und gemeinsam zu erläutern.

Nur so lasse sich beim dringend benötigten Nachwuchs das Interesse an einem der interessanten Jobs im öffentlichen Dienst wecken. Gleichzeitig werden bewährte Beschäftigte motiviert und ge-

halten, betonte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht im Anschluss an das Gespräch, an dem auch seine Stellvertreter Michael Blanck, Frank Höhne und Thomas Krupp teilgenommen hatten.

„Wir haben mit unseren Mitgliedern eine ganze Reihe von Vorschlägen, mit denen die Landesverwaltung attraktiver gemacht werden kann, gemeinsam in der Staatskanzlei erörtert und es sieht so aus, als

ob wir endlich durchgedrungen sind. Sei es bei Arbeitszeitflexibilisierung, verbesserten und unter Umständen auch ruhegehaltstfähigen Zulagen, Jobticket, Maßnahmen zur Personalbindung oder bei einer attraktiven Entlohnung beziehungsweise Besoldung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Es werden mehr Mittel benötigt. Aber diese Investition ist dringend notwendig, um Mecklenburg-Vorpommern im

Ranking mit dem Bund und den anderen Ländern wieder auf bessere Platzierungen zu bringen“, so Knecht. Haushaltspolitische Experimente auf dem Rücken der Beschäftigten müssten der Vergangenheit angehören. Die Argumentation des dbb werde auch durch die forsa-Umfrage aus dem Sommer 2019 belegt, der

zufolge mehr als 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger keinesfalls der Ansicht sind, dass der Staat zu viel Geld für seine Beschäftigten aufbringt. Natürlich dürfe die öffentliche Hand dabei nicht – wie leider in der letzten Zeit oft beobachtet – bei ihrer Aufgabenerfüllung überfordert wirken beziehungsweise sein, unter-

strich der dbb Landesvorsitzende.

Der dbb m-v wird die vorgelegten Eckpunkte im Rahmen der im Februar stattfindenden Sitzung des Landeshauptvorstandes ausführlich erläutern und bewerten. „Die Dienstrechtskommission des dbb m-v als zuständiges Gremium wird sich

ausführlich mit den vorgesehenen Neuregelungen beschäftigen, damit wir das Gesetzgebungsverfahren zum geplanten Besoldungsneuregelungsgesetz fachkundig mit unserer Expertise begleiten können“, ergänzte Thomas Krupp, der auch Vorsitzender der Dienstrechtskommission des dbb m-v ist. ■

dbb Jahrestagung in Köln

dbb m-v begrüßt Ansiedlung der Ehrenamtsstiftung in Neustrelitz

Am Rande der diesjährigen dbb Jahrestagung, die als gewerkschaftspolitischer Jahresauftakt am 6. und 7. Januar 2020 traditionell in Köln stattfand, nutzte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht die Gelegenheit zu einem kurzen Meinungsaustausch mit Bundesinnenminister Horst Seehofer.

„Das meiste in der Politik passiert nur auf ausreichenden Druck. Deshalb will ich Sie ausdrücklich ermuntern, diesen ausreichenden Druck aufrecht zu erhalten“, hatte Seehofer in seiner Rede vor den Gästen der Jahrestagung geäußert. „Machen wir, Herr Minister“, antwortete der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht während eines Gesprächs im Anschluss.

Ausdrücklich begrüßten die in Köln anwesenden Delegierten aus Mecklenburg-Vorpommern die von Seehofer erneut bekräftigte Absicht der Bun-

desregierung, die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) in Neustrelitz anzusiedeln. Die Einrichtung soll mit 100 Personalstellen ausgestattet werden und es ist ein Etat von 32,5 Millionen Euro vorgesehen. Neustrelitz sei eine gute Wahl, insbesondere auch vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung erklärten Ziels der Stiftung, das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt vor allem in strukturschwachen Regionen und auf dem Land zu unterstützen, unterstrich Knecht abschließend. ■



> Die Delegierten aus Mecklenburg-Vorpommern auf dem Begrüßungsabend in der Kölner Flora (von links): Gerd Dümmel (Vorsitzender der Landesseniorenvertretung und stellvertretender Landesvorsitzender dbb m-v), Susanne Wienke (DSTG, amtierende Vorsitzende der dbbj m-v), Karina Arndt (Landesvorsitzende DGVB), Dietmar Knecht (dbb Landesvorsitzender), Liv Grolik (stellvertretende Vorsitzende dbbj), Karoline Herrmann (Vorsitzende dbbj), Thomas Krupp (Landesvorsitzender komba und stellv. Landesvorsitzender dbb m-v) und Michael Blanck (Landesvorsitzender VBE und stellv. Landesvorsitzender dbb m-v).

Hauptversammlung der dbb Landesseniorenvertretung

Tagung der dbb Senioren in Schwaan

Am 27. November 2019 fand in Schwaan bei Rostock die diesjährige Sitzung der Hauptversammlung der Landesseniorenvertretung des dbb m-v statt. Eingeladen waren neben den Seniorenvertretungen der Mitgliedsgewerkschaften auch Vertreter der Ortsgruppen der Einzelmitglieder (ehemals BRH).

Gerd Dümmel, Vorsitzender der Landesseniorenvertretung des dbb m-v, eröffnete die Sitzung, begrüßte zunächst die

circa 30 Anwesenden und stellte anschließend den druckfrischen Flyer der Landesseniorenvertretung des dbb m-v vor,

der vor allem dazu genutzt werden soll, Mitglieder beim Eintritt in den Ruhestand zu begleiten und so zu motivie-

ren, weiterhin in ihrer Fachgewerkschaft und so im dbb m-v zu bleiben. Des Weiteren berichtete er über die Festveran-

staltung anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung des Landesseniorenbeirats am 4. November 2019 in Banzkow sowie über die Vorbereitung des XI. Altenparlaments, welches am 23. April 2020 stattfinden wird.

Im Anschluss folgte ein Vortrag von Wolfgang Schmidt, eines ehemaligen Polizisten, der unter anderem bei der Kriminalpolizei in Neubrandenburg gearbeitet hat, zum Thema „Prävention und Sicherheit für ältere Menschen“. Anhand von zahlreichen anschaulichen Beispielen aus der Praxis berichtete er über Methoden und Tricks, mit denen Betrüger versuchen, gerade ältere Menschen um ihr Geld zu bringen und dabei oft die Gutgläubigkeit, aber auch die Einsamkeit vieler Senioren ausnutzen. Er schilderte dabei zahlreiche Situationen, denen sich nahezu jeder der Anwesenden bereits selbst einmal gegenübergesehen hat.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt konnte als Gast die Kollegin Anke Schwitzer, stellvertretende Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, be-

grüßt werden. Sie berichtete unter anderem über die Seniorenpolitische Fachtagung 2019, die das Thema „Wohnen im Alter“ in den Fokus gestellt hat. Die Situation habe sich in den letzten Jahren immer weiter zugespitzt und könne mit der Frage „Unbezahlbar in der Stadt oder einsam auf dem Land?“ zusammengefasst werden. Die politischen Versäumnisse der vergangenen Jahre im sozialen Wohnungsbau und bei der Daseinsvorsorge haben gravierende Auswirkungen auf die Wohnsituation einer alternden Gesellschaft.

Die Politik habe diese Entwicklung zwar erkannt, es mangle aber an konkreten Gegenmaßnahmen. Bei der Verbesserung ländlicher Infrastrukturen allerdings vorwiegend auf Digitalisierung zu vertrauen, sei zu kurz gedacht. Ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen könnten nicht ohne Weiteres Computer und Internet nutzen, weil die technischen Hürden für viele zu hoch sind. Außerdem seien zwischenmenschliche Kontakte und der persönliche Austausch unerlässlich. Ebenso müssten alternative und finanzierbare



> Der Vorsitzende der dbb Landesseniorenvertretung, Gerd Dümmel (stehend). Weiterhin im Bild: Sein Stellvertreter Klaus Junker sowie Anke Schwitzer (stellvertretende Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung).

Wohnformen für Senioren intensiver gefördert werden. Diese Ausführungen fanden bei den Anwesenden eine breite Zustimmung. In der sich anschließenden Diskussion, in der Kollegin Schwitzer auch Fragen aus dem Publikum beantwortete, schilderten viele auch ihre konkrete Situation und ihre Probleme vor Ort.

Kollegin Schwitzer stellte des Weiteren die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAG-SO) vor, deren Mitglied die dbb Seniorenvertretung ist. Sie appellierte an die Anwesenden,

die in jüngster Zeit häufiger im Rahmen von Tarifverhandlungen artikuliert Forderung nach mehr Freizeit statt Entgelt erhöhungen kritisch zu hinterfragen. Sollten solche Vereinbarungen getroffen werden, würden Rentner und Versorgungsempfänger leer ausgehen und auch die Beschäftigten müssten mit Auswirkungen auf ihre Rente beziehungsweise Pension rechnen.

Mit einem Ausblick auf die Arbeit der Landesseniorenvertretung im kommenden Jahr 2020 wurde die diesjährige Hauptversammlung geschlossen. ■

Personalräte der Bundespolizei vor Ort

Personalratsmitglieder der DPolG BPolG zu Gast beim dbb m-v

Die letzte Sitzung des Gesamtpersonalrates der für Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zuständigen Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt im Jahr 2019 fand am 17. Dezember beim Revier in Schwerin statt.

Der fünfzehnköpfige Gesamtpersonalrat, dem zwölf Beamte und drei Tarifbeschäftigte angehören, vertritt rund 2 500 Beschäftigte. Jede zweite Sitzung wird auswärts in den insgesamt acht Inspektionsbe-

reichen – davon fünf Landinspektionen und drei Seeinspektionen – durchgeführt, diesmal bei der Inspektion Rostock, zu der das Revier Schwerin gehört. Gegenstand der Personalratssitzung waren unter ande-

> Maik Ulke (rechts), Mitglied des dbb Landeshauptvorstandes, freute sich mit seinen DPolG-BPolG-Kolleginnen und -Kollegen vom Gesamtpersonalrat der Bundespolizeiinspektion Bad Bramstedt über die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht (links).



rem die Themen Arbeitszeit, Beförderungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Abordnungen und Versetzungen. Nach der Besichtigung des Landtages und einem Gespräch mit dem Mitglied des Landtages, Niels Seemann (SPD), in dem es vor allem um die Themen Innere

Sicherheit und die gegenseitige Unterstützung von Landespolizei und Bundespolizei ging, nutzte die Fraktion der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht in der Landesgeschäftsstelle des dbb m-v.

In dem Gespräch wurden die Themen Personalaufwuchs, die Arbeitsverdichtung und die aktuelle Diskussion um die gewerkschaftlichen Ziele für die kommende Einkommensrunde 2020 beim Bund erörtert. Einen großen Stellenwert dürften neben Entgelt und Besol-

dungsanpassungen auch die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von 41 Stunden haben. Ein weiteres Thema war auch hier die gegenseitige Unterstützung von Landes- und Bundespolizei.

GDL Bezirk Nord-Ost

Erweiterter Bezirksvorstand: Treffen in Neustrelitz

Der erweiterte Bezirksvorstand des GDL-Berzirks Nordost traf sich kurz vor den Weihnachtstagen am 19. und 20. Dezember zu seiner letzten Sitzung des Jahres 2019 in Neustrelitz.

Als Gäste waren der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht sowie der Chef der Landesseniorenvertretung, Gerd Dümmel, die beide GDL-Mitglied sind, mit dabei.

Im Rückblick für Mecklenburg-Vorpommern wurde zum einen das gelungene Tarifgesamtpaket mit der Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) hervorgehoben. Hier konnten in immerhin drei Verhandlungsrunden elementare Verbesserungen bei der Vergütung, bei der Planung von Urlaub und Freizeit sowie bei den Sozialleistungen erreicht werden. Das bedeutet ein klares Plus an Arbeits- und Lebensqualität für die Rostocker Kolleginnen und Kollegen.

Viel Beachtung fand im Jahr 2019 auch die Betriebsrätefachkonferenz in Rostock-Warnemünde, bei der Mecklenburg-Vorpommern Gastgeber für 200 GDL-Betriebsräte, Jugend- und Auszubildendenvertreter, Schwerbehindertenvertrauenspersonen der Wettbewerbsbahnen und der DB sowie für weitere Gäste sein durfte. Zum anderen wurden auch die für Mecklenburg-Vorpommern wichtigen Entscheidungen des Oberlandesgerichts zugunsten

der Ostdeutschen Eisenbahn AG (ODEG) ausgewertet. Seit dem 15. Dezember, dem Tag des Fahrplanwechsels, übernahm die ODEG nicht unwesentliche Leistungen von der DB Regio AG per Notvergabe durch die Landesverkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern. Die DB Regio klagte gegen die Entscheidung vor der Vergabekammer – allerdings vergebens.

In engem Zusammenhang mit den davon betroffenen Beschäftigten stehen die am frühen Morgen des 18. Dezembers 2019 beendeten Tarifverhandlungen mit der ODEG-Geschäftsführung. Hier konnte die GDL nach rund 15-stündigen Verhandlungen ebenfalls in der dritten Runde in Berlin ein Paket schüren, das über die aktuelle Marktentwicklung spürbar hinausgeht und wichtige Signale sendet. Unter anderem wurde erreicht:

- > 1. Januar 2020: Wegfall der Kappung und Anhebung der Anbindungswerte auf 95 Prozent für das Zugpersonal
- > 1. Juli 2020: allgemeine Entgelterhöhung von 1,5 Prozent
- > 1. Januar 2021: Erhöhung der Anbindung auf 97,4 Prozent,

allgemeine Entgelterhöhung von 2,6 Prozent, strukturelle Verbesserung der Entgelttabelle für Lokomotivführer und Erhöhung der betrieblichen Altersvorsorge auf 1,5 Prozent

- > 1. Juli 2022: Wegfall der Anbindung – damit erhält das Zugpersonal 100 Prozent des dann gültigen Marktniveaus und die betriebliche Altersvorsorge wird auf zwei Prozent erhöht.
- Darüber hinaus wird zum letztgenannten Zeitpunkt die betriebliche Arbeitszeit bei gleichbleibendem Entgelt auf 38 Stunden gesenkt. Bereits zum 1. Januar 2021 wird ein Jahresschichtplan eingeführt, der verbindlich die Schichten und Ruhetage für das ganze

Jahr abbildet. Alle Kurzpausen werden mit Jahresende 2022 der Vergangenheit angehören.

Der Beitritt zum TV Personalübergang SPNV rundet den Abschluss ab. Die Tarifkommission hat dem Abschluss mit Weitblick direkt nach den Verhandlungen einstimmig zugestimmt.

Der erweiterte Bezirksvorstand bereitete in einem Ausblick auf das beginnende Jahr 2020 auch die Aufsichtsratswahlen im DB-Konzern vor. Dort entscheiden die Wählerinnen und Wähler zurzeit über Aufsichtsratsmitglieder und/oder Delegierte für die Wahlversammlung am 10. und 11. März 2020 in Hannover.



> Bewerbungsfrist verlängert

FHÖVPR: Freie Plätze für Studium und Ausbildung

Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege (FHÖVPR) in Güstrow hat die Bewerbungsfrist für eine in diesem Jahr beginnende Ausbildung oder ein Studium bis zum 29. Februar 2020 verlängert.

Noch bis zu diesem Termin kann man sich für ein Studium zum Bachelor of Arts – Polizeivollzugsdienst oder eine Ausbildung als Polizeimeister*in bewerben. Am 21. Februar veranstaltet die Fachhochschule dazu als ideales Bewerbertraining für eine Ausbildung einen Ferien-Trainings-Tag.

Ausblick 2020

Gemeinsam können wir mehr erreichen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wieder beginnt ein neues Jahr. Und für uns, als sächsische Gewerkschafter*innen, startet dieses direkt mit neuen Herausforderungen.

Kurz vor der Weihnachtszeit wurde der Koalitionsvertrag der neuen „Sachsenkoalition“ unterzeichnet. Auf 134 Seiten wird dargestellt, welche Ziele, Absichten und Themen in den nächsten Jahren erreicht, avisiert und besprochen werden sollen.

Nahezu zeitgleich, noch am 20. Dezember des letzten Jahres, wurde ein neues Sächsisches Kabinett berufen. Hier arbeiten neue und erfahrene Minister*innen und Staatssekretär*innen in neuen und alten Häusern für ein hof-

fentlich zukunftsfähiges modernes Sachsen.

Wir machen Staat

Für uns heißt es deshalb nun zu schauen, wie mit den Bediensteten in der öffentlichen Verwaltung und den privatisierten Bereichen in diesem Prozess umgegangen werden soll. Können wir uns mit unseren Kompetenzen und Erfahrungen einbringen? Werden wir über laufende Entwicklungen informiert? Hier sei insbesondere auf das zu ändernde Personalvertretungsgesetz

verwiesen. Werden wir (wert-)geschätzt und ernst genommen? Hier sei beispielhaft das Thema „Verrohung im Umgang“ beziehungsweise „Gewalt gegen Beschäftigte“ genannt – ein gesellschaftliches Problem, welches gerade im öffentlichen Dienst ein großes Problem darstellt.

Selbstbewusst sagt der SBB: „Wir machen Staat.“ Und so ist es auch. Seien Sie deshalb versichert, dass wir auch in der neuen sächsischen Konstellation aufmerksam, kritisch und konstruktiv am Ball bleiben werden. Im Interesse unserer Mitglieder und letztlich für uns alle.

Auch deshalb: Alles Gute für das neue Jahr! Passen Sie gut auf sich auf und bleiben Sie vor



> Nannette Seidler, SBB-Landesvorsitzende

allem gesund. Gemeinsam können wir einfach mehr erreichen!

Ihre

*Nannette Seidler,
SBB-Landesvorsitzende*

Hauptversammlung

SBB Senioren tagten im November

Am 28. November 2019 tagte die Hauptversammlung der SBB Senioren. Dies war insbesondere eine Gelegenheit, über die Arbeit des Vorstandes im vergangenen Jahr zu berichten.

In der Diskussion standen unter anderem auch die bei der Rentenüberleitung vergessenen 17 Berufsgruppen im Fokus, für die endlich eine Lösung gefunden werden muss. Zudem muss das Altenbild in der Gesellschaft unbedingt verändert werden. Wir setzen dabei auf die aktive Zusammenarbeit mit den Seniorenvertretern der einzelnen Mitgliedsgewerkschaften.

Im formalen Teil fand der Rechenschaftsbericht und Haushalt der SBB Senioren die Zustimmung der anwesenden Delegierten.



Den Auftakt der Veranstaltung machte jedoch das ifo Institut, Niederlassung Dresden. In seinem analytischen Vortrag befasste sich Dr. Felix Rössel mit dem Thema „70 Jahre deutsche Teilung, 30 Jahre deutsche Einheit – Welche Zukunft hat der Osten?“. Auf seiner Agenda standen:

> Wo stehen wir?

- > Lohnangleichung: Fachkräfte und Vertrauen fehlen
- > Wie konnte es so weit kommen? Wucht der Teilung Deutschlands wird dramatisch unterschätzt
- > Perspektiven: ostdeutsche Lösungen für ostdeutsche Herausforderungen

Ein völlig neues Herangehen an die uns bewegenden Fragen,

die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine andere Betrachtungsweise der Dinge eröffnete.

Die ehemalige Landtagsabgeordnete Simone Lang (SPD) machte in ihren anschließenden Ausführungen die politische Betrachtungsweise für Sachsen, auch als Resümee aus dem Vortrag, deutlich. Zudem

wies sie darauf hin, dass im Pflegestärkungsgesetz (PSG III) die Rehabilitation nicht berücksichtigt wurde. Sie würdigte mit ihrer Teilnahme die Arbeit der Seniorenvertretung und die Zusammenarbeit im zurückliegenden Zeitraum.

*Rita Müller,
Vorsitzende der SBB Senioren*

SBB Frauen

Die Gleichberechtigung im sächsischen Koalitionsvertrag

„Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts.“ So steht es geschrieben im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung – und das lässt hoffen!

Im Vergleich zum vorherigen Koalitionsvertrag wurde einiges zum Thema „Gleichberechtigung der Geschlechter“ ergänzt und konkretisiert – und dies nicht nur allgemein hinsichtlich Gewaltschutz oder Unterstützung für Alleinerziehende, sondern insbesondere auch für den öffentlichen Dienst.

Die Forderung der Weiterentwicklung des Sächsischen Frauenerziehungsgesetzes hin zu einem Gleichstellungsgesetz war bereits Gegenstand des alten Koalitionsvertrages – bis 2016 sollte ein Gleichstellungsgesetz auf den Weg gebracht werden. Wir haben in den vergangenen Jahren an den intensiven Vorarbeiten bis hin zum Gesetzesentwurf als SBB Frauen mitwirken können, dennoch war das Gesetz unter der alten Regierung zum Scheitern verurteilt. Umso mehr freuen wir uns über die Aufnahme des Zieles in den neuen Koalitionsvertrag, ein Gleichstellungsgesetz zu verabschieden. Bis 2021 soll dieses für den öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen

beschlossen werden. Im aktuellen Koalitionsvertrag wird konkretisiert, dass das Gesetz einige bestimmte Instrumente beinhalten soll. Zum einen sollen diese die Anzahl der weiblichen Führungskräfte erhöhen sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Zum anderen sollen sie die bestehende Lohnlücke zwischen Frauen und Männern endlich schließen.

Geschlechterspezifische Entgeltstrukturen sollen abgebaut werden. Auch eine Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten, sowohl in organisatorischer als auch in finanzieller Hinsicht, ist vorgesehen. Um bestimmte Lebensphasen wie beispielsweise Zeiten der Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen besser gestalten zu können, sind auch Job-Sharing-Modelle und weitere Mo-

delle zur flexiblen Arbeitszeit- und Arbeitsortgestaltung genannt. Ebenso wurde an die geschlechtergerechte Sprache gedacht, die eine Grundlage der Regierungsarbeit darstellen soll.

Wir werden als SBB Frauen alles daran setzen, dass diese Ziele und Vorhaben tatsächlich umgesetzt werden. Mit unserem Know How stehen wir als kompetente Ansprechpartnerinnen zur Verfügung.

*Gabriele Stuhr,
stv. Vorsitzende der SBB Frauen*



> Vorstand der SBB Frauen: Tanja Teich, Gabriele Stuhr, Margit Liebsch, Gerlind Steiner-Klaiber, Monika Dietz (von links)

Weihnachtsmarktbesuch: Wege zur Vernetzung der Jugend



©SBB Jugend

> Beim Weihnachtsmarkttreffen in Leipzig ...

Im Dezember 2019 lud die SBB Jugend in Dresden, Leipzig und Chemnitz zu Weihnachtsmarktbesuchen ein. Neben dem Kennenlernen stand hier auch die Vernetzung der Jugendvertretungen unserer Mitgliedsgewerkschaften im Vordergrund.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit hat viele Facetten und bei weihnachtlicher Stimmung wurden viele spannende Themen und aktuelle Vorhaben engagiert diskutiert.



> ... und Dresden



© Pixabay

Rakotzbrücke im Kromlauer Park

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

Landesgewerkschaftstag 2019

Am 16. November 2019 trafen sich über 50 Delegierte zum 7. Landesgewerkschaftstag des GdS-Landesverbandes Sachsen in Dresden.

Im öffentlichen Teil am Vormittag lauschten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Worten der Landesvorsitzenden Gerit Protze und des GdS-Bundesvorsitzenden Maik Wagner, der das 30. Jahr des Mauerfalls zum Anlass nahm, auf die Arbeit und die Entstehung der GdS in den Bundesländern in Ost und West zurückzuschauen. Auch die neu gewählte Bundesjugendleitung hat es sich nicht nehmen lassen, gleich einen Antrittsbesuch in Sachsen durchzuführen: Tom Kunert unterstützte mit einem Redebeitrag die Jugendarbeit.



> Der neue GdS-Landesvorstand: „Es gibt viel zu tun, packen wir es an – nur ein WIR kommt weiter!“



© Steffen Sachse (2)

> Die Landesvorsitzende des SBB, Nannette Seidler

Bereichert wurde der Gewerkschaftstag außerdem mit sehr interessanten und kurzweiligen Redebeiträgen von Rainer Striebel (Vorstandsvorsitzender AOK PLUS), Jork Beßler (Geschäftsführer Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland), Klaus-Peter Hansen (Vorsitzender Agentur für Arbeit Regionaldirektion Sachsen) sowie Nannette Seidler (Vorsitzende SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen). Für den Landesvorstand war diese hochkarätige Besetzung eine Bestätigung, dass in der letzten Amtsperiode vieles richtig gemacht wurde und für die folgende Amtszeit neue Herausforderungen warten.

Nach den Tätigkeitsberichten der Vorsitzenden, des Schatzmeisters und des Landesjugendleiters bescheinigten die Kassenprüfer dem Schatzmeister einwandfreie Arbeit in den letzten fünf Jahren.

► Große Mehrheit für Landesleitung

Die Landesleitung wurde mit überwältigender Mehrheit für die neue Amtsperiode von fünf Jahren gewählt. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

- > Gerit Protze (Vorsitzende)
- > Ines Winkelbach und Mario Heisig (stellvertretende Vorsitzende)
- > Klaus Richter (Schatzmeister)
- > Konstantin Herbst (Jugendleiter)

Fünf weitere Mitglieder des Landesvorstandes werden die Leitung unterstützen.

Mit den Dankesworten der neuen und alten Vorsitzenden an die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder und die Delegierten wurde der Gewerkschaftstag 2019 beendet.

Ehrung

Bundesverdienstkreuz für Wolfgang Ladebeck

Staats- und Kulturminister Rainer Robra hat in der Staatskanzlei in Magdeburg an Wolfgang Ladebeck den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland (das Bundesverdienstkreuz) überreicht. Verliehen wurde ihm der Orden von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Robra würdigte in seiner Laudatio das fast 30-jährige gewerkschaftliche Engagement des 59-jährigen Polizeirates. „Seit beinahe 30 Jahren setzen Sie sich in beeindruckender Weise dafür ein, dass die Belange der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – insbesondere der Polizei – in Politik und Öffentlichkeit Gehör finden. Sie haben Ihre Erfahrungen und Ihre Zeit stets uneigennützig in den Dienst der Gesellschaft gestellt und hierdurch in vorbildlicher Weise einen wertvollen Beitrag für unser Gemeinwohl geleistet“, sagte Robra anlässlich eines Empfangs am 11. Dezember 2019.

Wolfgang Ladebeck hat sich schon zu DDR-Zeiten, zunächst als Instandhaltungsmechi-

ker und Meister im damaligen Schönebecker Traktorenwerk, ab 1985 als Polizist, für die sozialen Belange seiner Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Dabei sollte es bleiben, sein gesamtes Berufsleben lang. Nach Mauerfall und Wiedervereinigung, als die ersten freien Gewerkschaften auch in Sachsen-Anhalt entstanden, war für ihn klar, als Polizeivollzugsbeamter Mitglied in der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) im Deutschen Beamtenbund zu werden. Da er nicht nur zahlendes Mitglied sein, sondern mitgestalten wollte, war er seit 1991 nach verschiedenen Funktionen in seiner Heimatgewerkschaft von 2001 bis zum November dieses Jahres Landesvorsitzender und seit 2003 stellvertretender Bundes-



> Staats- und Kulturminister Rainer Robra überreichte Wolfgang Ladebeck am 11. Dezember 2019 das Bundesverdienstkreuz.

vorsitzender der DPoIG. „Mitmischen“ wollte er auch beim dbb Landesbund, zunächst als stellvertretender dbb Landesvorsitzender, seit Juni 2014 als dbb Landeschef.

Ladebeck ist ein Gewerkschafter aus Überzeugung, ein engagierter Vertreter der Interessen der Staatsdiener und ein Anwalt für einen öffentlichen Dienst, der personell gut aufgestellt zu jeder Zeit die staatlichen Aufgaben erfüllt und den Herausforderungen der neuen Arbeitswelt gerecht wird. Für die Politiker unseres Landes war er nicht immer ein bequemer, aber dennoch fairer Gesprächspartner. Seine über die Jahre gewachsenen guten Kontakte zu Mitgliedern der Landesregierung und des Parlaments haben den Einfluss des dbb auf bestimmte Entscheidungen den öffentlichen Dienst betreffend gesichert.

Ladebeck ist kein Mann der lauten, aber der klaren Worte. Er ist ein Mann der Praxis, der weiß, wovon er redet. Dass er überzeugen kann und hartnäckig Ziele verfolgt, hat ihm der damalige Finanzminister Jens Bullerjahn höchstpersönlich auf dem Flur des Landtagsgebäudes bescheinigt: Ohne Wolfgang Ladebeck hätte es beispielsweise 2017 keine Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte in Sachsen-Anhalt gegeben.

Neben seinem gewerkschaftlichen Engagement vertritt Ladebeck derzeit die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Medienanstalt Sachsen-Anhalt, ist Mitglied im Landespersonalausschuss und ehrenamtlicher Richter am Verwaltungsgericht Magdeburg.

Personalratswahlen 2020

Neue Auflage des Personalvertretungsgesetzes mit Wahlordnung

2020 ist es wieder so weit: In den Dienststellen der Verwaltungen des Landes und der Kommunen wird die Vertretung der Beschäftigten gewählt – der Personalrat.

Das Landespersonalvertretungsgesetz Sachsen-Anhalt

ist zusammen mit der Wahlordnung die rechtliche Grund-

lage für diese Wahl. Darüber hinaus regelt das Personalver-

tretungsgesetz auch das Miteinander zwischen Dienststelle

und Personalrat. Wir freuen uns, Ihnen eine Neuauflage unserer dbb Broschüre „Landespersonalvertretungsgesetz Sachsen-Anhalt“ zusammen mit der Wahlordnung anbieten zu können. Die Broschüre ist rechtlich auf dem aktuellsten Stand und berücksichtigt alle Änderungen, zuletzt die mit dem „Dritten Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt“ vom 22. Juli 2019 und die „Wahlordnung zum Landesper-

sonalvertretungsgesetz Sachsen-Anhalt“ vom 21. Oktober 2019.

Personalratsarbeit war noch nie leicht. Dennoch gibt es immer wieder Kolleginnen und Kollegen, die für den Personalrat kandidieren und als gewählte Personalratsmitglieder die Interessen der Beschäftigten in den Dienststellen vertreten und dafür sorgen, dass Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge sowie Dienstvereinba-

rungen beachtet und umgesetzt werden. Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen einen starken Personalrat, der ihre Rechte gegenüber dem Dienstherrn und Arbeitgeber einfordert und gute Arbeitsbedingungen sichert.

Personalratsarbeit zu fördern, die Personalratsmitglieder unserer dbb Fachgewerkschaften nach Kräften zu unterstützen, ist uns Herzensangelegenheit.

Diese Broschüre, die vom dbb herausgegebene „Zeitschrift für Personalvertretungsrecht“ (ZfPR), und der Rechtsprechungsdienst ZfPR online sollen Sie bei der praktischen Personalratsarbeit unterstützen.

Wir wünschen den Wahlvorständen ein gutes Gelingen der Wahlen. Den Personalratsmitgliedern wünschen wir eine erfolgreiche Arbeit und die Anerkennung ihrer Kolleginnen und Kollegen. ■

Dienstrechtsänderungen

Altersermäßigung für Lehrkräfte wird hinausgeschoben

Jüngere Lehrkräfte können jetzt mehr unterrichten und mehr verdienen. Ältere Lehrkräfte erhalten ab dem 1. Februar 2020 die beiden Altersermäßigungsstunden je Woche nicht mehr nach Vollendung des 60., sondern erst nach dem Erreichen des 62. Lebensjahres.

Der dbb und seine Lehrerwerkschaften kritisieren das Hinausschieben der Altersermäßigung für Lehrkräfte als Arbeitszeiterhöhung durch die Hintertür.

Die Landesregierung begründet das Hinausschieben der Altersermäßigung mit der längeren Lebensarbeitszeit. Ältere Lehrkräfte bekämen weiter für die letzten fünf Arbeitsjahre zwei Abminderungsstunden je Woche. Bei einer Lebensarbeitszeit bis 67 würden die Abminderungsstunden dann mit Erreichen des 62. Lebensjahres beginnen. Finanzminister Michael Richter hält das für „zumutbar und vernünftig“.

Ganz anders sehen das die für Bildung zuständigen stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Thomas Gaube und Torsten Salomon. Gaube: „Lehrkräfte haben nach Vollendung des 60. Lebensjahres die zwei Unterrichtsstunden Altersermäßigung zur Entlastung

erhalten. Mit der Anhebung der Lebensarbeitszeit bleibt die Arbeitsbelastung für die 60- und 61-jährigen Lehrkräfte unverändert hoch. Wir halten die Begründung für vorgeschoben. In Wahrheit soll mehr Unterricht auf Kosten dieser Lehrerinnen und Lehrer generiert und eine höhere Mehrarbeitsvergütung gegenfinanziert werden. Diese Maßnahme richtet sich gegen das eigentliche Anliegen, Lehrkräfte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze im Schuldienst zu halten.“ Torsten Salomon sagte zur Neuerung: „Die Streichung der Altersermäßigung ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen engagierten Lehrerinnen und Lehrer, die das System Schule am Laufen gehalten und die Unterrichtsversorgung sichergestellt haben.“

Gaube und Salomon sind sich einig, dass mit dieser Maßnahme nicht mehr Unterricht generiert wird, sondern Lehrkräfte öfter und länger krank sein

und wegen der hohen Belastungen vorzeitig in den Ruhestand gehen werden.

Neben dem Hinausschieben der Altersermäßigung schuf die Landesregierung die Grundlage für freiwillige Mehrarbeit der Lehrkräfte, höhere Stundensätze und Zusatzstundenkonten.

Zum 1. Januar 2020 erhalten zudem nicht nur Lehrkräfte höhere Stundensätze für Mehrarbeit, sondern auch alle anderen Beamtinnen und Beamte. Zudem werden die Mehrarbeitsvergütungsbeträge für die Jahre 2019, 2020 und 2021 dynamisiert.

Grundlage für die Dienstrechtsänderungen ist die Dritte Verordnung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 12. Dezember 2019, GVBl. LSA S. 984.



„Ideenwerkstatt öffentlicher Dienst“ war das Thema der 61. Jahrestagung des dbb vom 6. bis 7. Januar 2020 im Congress-Centrum-Nord in Köln. Um als attraktiver Arbeitgeber erfahrenere Beschäftigte zu halten und engagierte Nachwuchskräfte langfristig zu binden, muss der öffentliche Dienst der Zukunft agil, vielfältig und digital sein. Der dbb hat dazu ein Werkstattpapier zur Modernisierung des Staatsdienstes vorgelegt und einen Dialogprozess gestartet. Auf dem Bild die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des dbb sachsen-anhalt.

Sekundarschullehrerverband

Diepenbrock im Amt bestätigt

Auf der Mitgliederversammlung des Sekundarschullehrerverbandes (SLV) Sachsen-Anhalt am 22. November 2019 in Merseburg wurden die Landesvorsitzende Claudia Diepenbrock und der stellvertretende Landesvorsitzende Dietmar Frühauf für weitere zwei Jahre in ihren Ämtern bestätigt.

„Wir wünschen uns von der Politik klare Ansagen zum differenzierten Schulwesen, eine angemessene Alimentation aller Lehrkräfte, gute Rahmenbedingungen für Integration und Inklusion, die Einstellung von ausreichend Lehrerinnen und Lehrern sowie pädagogischen Mitarbeitern, um das in den letzten Jahren entstandene Defizit zu beseitigen“, sagte Diepenbrock in ihrer Rede. Damit sich Lehrkräfte auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können, sollten in allen Sekundarschulen Schulverwaltungsassistenten zum Einsatz kommen.

Der SLV fordert zudem, dass die Sekundarschulen finanziell

und optimal ausgestattet und in der Öffentlichkeit gestärkt werden. „An den Sekundarschulen findet eine differenzierte und zielgerichtete Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben statt. Gerade Handwerksbetriebe profitieren von der Arbeit der Sekundarschulen“, betonte Diepenbrock.

In seinem Grußwort sprach Wolfgang Ladebeck, Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt, über die wichtigen Aufgaben des dbb im Hinblick auf den öffentlichen Dienst. „Der dbb mit seinen vielen Fachgewerkschaften, zu denen auch der Sekundarschullehrerverband gehört, ist die einzige Gewerk-



> Wolfgang Ladebeck (Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt), Claudia Diepenbrock (Landesvorsitzende des SLV Sachsen-Anhalt) und Jürgen Böhm (stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer) (von links)

schaft, die sich für die Beamten und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst einsetzt“, sagte Ladebeck.

Jürgen Böhm, stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb und Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer, sprach über die derzeitigen Rahmenbedingungen an den Schulen, über Bil-

dungsmissstände und den Lehrkräftemangel. „Bildung ist Menschenrecht und das Fundament individueller und gesellschaftlicher Entwicklung. Die Politik ist unseren Kindern, unseren Lehrkräften und unserer Gesellschaft gegenüber verpflichtet, dieses Recht einzulösen“, so Diepenbrock zum Abschluss.

8. DPoIG-Landeskongress Sachsen-Anhalt

Olaf Sendel zum neuen Landesvorsitzenden gewählt

Olaf Sendel heißt der neue Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Sachsen-Anhalt. Der 8. Landeskongress wählte den 50-jährigen Polizeioberrat am 19. November 2019 in Magdeburg an die Spitze des DPoIG-Landesverbandes.

Mit überwältigender Mehrheit wählten die 99 anwesenden Delegierten Olaf Sendel zum neuen Landesvorsitzenden der DPoIG. Sendel ist Leiter der Autobahnpolizei in Weißenfels und lebt in Unterraßdorf bei Eisleben. Von 1995 bis 2001

war er Landesjugendleiter der DPoIG und seit 2010 ist er Regionalbeauftragter der Stiftung der DPoIG. Wolfgang Ladebeck, der 18 Jahre lang die DPoIG in Sachsen-Anhalt führte, stand für eine erneute Kandidatur nicht mehr zur Verfügung. Sen-

del stehen vier Stellvertreter zur Seite: Kerstin Koch, Anja Ackermann, Norman Kubbe und Michael Scheel.

Neben den Wahlen bestimmten die Delegierten auch den gewerkschaftspolitischen Kurs

für die kommenden fünf Jahre. Mit 64 Anträgen bekräftigten die Delegierten ihre Forderungen für leistungsgerechte Beschäftigungsbedingungen, personelle sowie technische Aufrüstung der Landespolizei.

> Ladebeck zog Bilanz

Der 8. Landeskongress stand unter dem Motto „Innere Sicherheit – wir sind MEHR-WERT!“. Nicht ohne Grund, denn Wertschätzung der Ar-

beit der Polizeibeamtinnen und -beamten sehe anders aus, betonte Ladebeck in seinem Resümee über die Arbeit in den letzten fünf Jahren: „Klar ist, dass wir in den letzten Jahren viel erreicht haben. Klar ist aber auch, dass noch viele Missstände in unserem Land beseitigt werden müssen.“

Den Bediensteten in der Landespolizei, vor allem den Polizeibeamtinnen und -beamten, seien in den letzten Jahren Sonderopfer in einem beträchtlichen Ausmaß abverlangt worden. Zusätzlich seien sehr viele Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gegangen und die Landesregierung habe aufgrund von Haushaltszwängen gegenüber der Polizei in einer negativ nachwirkenden Haltung argumentiert.

Trotz unzureichender Personaldecke seien auch die Aufgaben nicht weniger geworden. Wenn dann noch besondere Situationen hinzukommen, wie die Integration von Flüchtlingen oder besondere Gefährdungslagen, sei das Land nicht ausreichend vorbereitet. Der enorme und jahrelange Personalabbau habe sich spürbar auf die Funktionsfähigkeit der Landespolizei ausgewirkt.

„Wertschätzung der Arbeit der Polizistinnen und Polizisten sieht anders aus“, kritisierte Ladebeck. Er fordert von der Landesregierung die Rückkehr zu einer bundeseinheitlichen Besoldung, einen stetigen Personalzuwachs, die Verbesserung der Ausstattung der Polizei mit Dienstkleidung und

Ausrüstung, kontinuierliche Beförderungen, die Erhöhung der Polizeizulage sowie deren Ruhegehaltfähigkeit, ein Weihnachtsgeld, das seinen Namen auch verdient, und nicht zuletzt eine schnelle Verbesserung der Situation in der Polizeiverwaltung.

■ Dank und Anerkennung

In seinem Gewerkschaftsleben hat Ladebeck über Jahrzehnte die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen vertreten, für sie gekämpft und gestritten. Die Delegierten bedankten sich, indem sie Ladebeck zum DPolG-Ehrenvorsitzenden ernannten. Dirk Kost, langjähriger Wegbegleiter von Ladebeck, fand für Ladebeck folgende Worte und Anerkennung:

„Lieber Wolfgang, Du hast seit 1991 in vielen verschiedenen Funktionen in der DPolG, so als stellvertretender Landesvorsitzender, DPolG-Stiftungsbeauftragter der neuen Länder und seit 2001 als Landesvorsitzender Deiner Heimatgewerkschaft dazu beigetragen, dass die DPolG als starke und kompetente Interessenvertretung in der Polizei, Feuerwehr und in der Politik in Sachsen-Anhalt wahrgenommen und geachtet wird. Hart in der Sache, wenn nötig auch kämpferisch. Dafür danken wir Dir von ganzem Herzen.“

Dirk Kost und Stefan Perlbach, die dem geschäftsführenden Vorstand der DPolG angehörten, wurden zu Ehrenmitgliedern der DPolG ernannt.



© Friedhelm Windmüller

> Der scheidende DPolG-Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck (l.) gratuliert dem neugewählten DPolG-Landesvorsitzenden Olaf Sendel.

■ Öffentliche Veranstaltung

In der öffentlichen Veranstaltung am 20. November 2019 würdigte Ministerpräsident Rainer Haseloff die Arbeit der Polizei in Sachsen-Anhalt als einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft. „Unsere Polizei ist eine wesentliche Säule der rechtsstaatlichen Ordnung in diesem Land. Durch die Polizei vor allem bekommt diese Ordnung für die Bürgerinnen und Bürger ein Gesicht“, sagte Haseloff. Die Landesregierung verfolge das Ziel einer angemessenen Personalausstattung und moderner Organisationsformen für die Polizei. Die vorgenommenen Neueinstellungen und die Organisationsfortentwicklung in der Landespolizei seien dafür überzeugende Belege.

Holger Stahlknecht, Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, würdigte in seinem Grußwort insbesondere im Hinblick auf den Anschlag auf eine Synagoge in Halle am 9. November 2019 die professionelle Arbeit der Polizei. Er bezeichnete die Ereignisse als herausforderndste Lage, die die Einsatzkräfte seit 1990 zu bewältigen hatten. Die Polizei habe besonnen und verantwortungsvoll gehandelt. „Dafür gelten Ihnen mein Dank und meine Anerkennung“, sagte Stahlknecht.

Vor dem Hintergrund der dünnen Personaldecke im Polizeibereich erklärte Stahlknecht: Ziel sei es, bei der Landespolizei bis zum Ende dieser Wahlperiode eine Sollstärke von 6 400 Vollzugsbeamten zu erreichen und die hierfür notwendigen Ausbildungskapazitäten zu schaffen. Der weitere Einstellungskorridor werde nach belastungsorientierten Faktoren so ausgestaltet, dass langfristig ein Bestand von 7 000 Polizeivollzugsbeamten erreicht und somit die hohe Zahl von Ruhestandseintritten ausgeglichen werde.

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der DPolG, sprach in seiner Rede Themen der Inneren Sicherheit wie Ausstattung, Personal bei der Polizei sowie neue Befugnisse für die Sicherheitsbehörden an.

■ Klare Botschaft an Landesregierung

Olaf Sendel adressierte in seiner ersten Rede als Landesvorsitzender eine deutliche Botschaft an den Ministerpräsidenten: „Aufgrund der vorhandenen Personalstärke müssen die Menschen in diesem Land auf die Polizei bei Verkehrsunfällen, bei Laubeneinbrüchen und sonstigen Anliegen ewig und drei Tage warten. Das muss sich schnellstens ändern.“

Auch sei die Zunahme von Gewalt gegen Polizeibeamte in ganz Deutschland eine erschreckende Tatsache. Die Polizei müsse immer mehr als Prügelknabe für den allgemeinen gesellschaftlichen Frust herhalten. Sendel fordert die Politik auf, sich konsequent hinter ihre Polizei zu stellen. „Der Staat muss endlich seiner besonderen Fürsorgepflicht gegenüber denjenigen nachkommen, die sich dem Schutz des Staates verschrieben haben“, betonte Sendel. Um dies künftig besser zu schaffen, sei entsprechendes Personal sowie eine moderne, sichere und funktionale technische Ausstattung vorzuzulassen.

Polizeibeamte befinden sich zu ihren Dienstherrn in einem gegenseitigen Dienst- und Treueverhältnis. Damit seien aber nicht nur Pflichten des Beamten gegenüber seinem Dienstherrn gemeint, sondern in gleichem Maße die Pflichten der Dienstherrn gegenüber ihren Polizeibeamten. Sendel fordert die Einführung eines behördlichen Rechtsschutzes wie in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg.

Koalitionsvertrag Rot-Rot-Grün

Personalabbau soll gestoppt werden

Linke, SPD und Grüne haben sich auf einen Vertrag für eine Minderheitsregierung geeinigt. Der bisher beschlossene Personalabbau in der Landesverwaltung soll demnach gestoppt werden.

„Die Umsetzung unserer lang-jährigen Forderung begrüßen wir ausdrücklich. Die gestrige Ankündigung markiert einen längst überfälligen Kurswechsel und ein Umdenken in der Personalpolitik des Landes. Notwendig ist auch, dass dieses Umdenken in praktisches Handeln umgesetzt wird, indem veraltete Vorschriften aktualisiert oder aufgehoben werden“, kommentiert der tbb Landesvorsitzende Helmut

Liebermann diese Ankündigung.

Ein weiterer Personalabbau hätte zur Folge, dass wir einen kaputtgesparten schwachen Staat bekämen, den niemand wirklich will und der seine Aufgaben nicht mehr erfüllen könnte. Bereits heute sind mehr als 60 Prozent unserer Bevölkerung in Deutschland der Auffassung, dass der Staat bei der Erfüllung seiner Aufga-



© Pixabay & tbb

ben überfordert ist, wie der „Monitor öffentlicher Dienst 2020“ des dbb ausweist. Ein starker Staat ist auch ein wesentlicher Standortfaktor für eine leistungsfähige Wirtschaft.

Gleichzeitig mahnt der tbb an, Einstellungshindernisse abzubauen und nicht nur die Wiederbesetzung von Stellen zu ermöglichen, sondern eine aufgabengerechte Personalausstattung zuzulassen, auch in wenig beachteten Bereichen wie beispielsweise Arbeitsschutz, Eichwesen und

der technischen Verwaltung wieder Personal aufzubauen.

Heute geht es nicht mehr um die Verhinderung von Personalüberhängen, sondern um die Gewinnung geeigneter, gut ausgebildeter Nachwuchskräfte. In diesem Zusammenhang muss auch die Ausbildung für Fachrichtungen des öffentlichen Dienstes attraktiver werden. So muss das technische Referendariat wieder ermöglicht werden, genauso wie die Verbeamtung im juristischen Referendariat.



> Unser Forderungspapier finden Sie online unter www.thueringer-beamtenbund.de

dbb jugend thüringen

Aufnahme in den Landesjugendring

Am 30. November 2019 fand die 43. Vollversammlung des Landesjugendrings Thüringen (LJRT) in Erfurt statt. Auf der Agenda stand auch der Aufnahmeantrag der dbb jugend thüringen.

Nach der Vorstellung der dbb jugend thüringen durch Landesjugendleiter Christian Bürger stimmte die Versammlung über den Aufnahmeantrag ab. Mit 55 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen wurde die dbb jugend thüringen mit übergroßer Mehrheit

zum 1. Dezember 2019 in den Landesjugendring aufgenommen.

„Heute ist ein guter Tag für die dbb jugend thüringen“, so Landesjugendleiter Christian Bürger im Anschluss an diese Veranstaltung. „Wir werden



uns engagiert in die Arbeit des Landesjugendrings einbringen und unsere politischen Ziele, im Interesse unserer Mitglieder und der jungen Kollegen/-innen des öffentlichen Dienstes in Thüringen, zur Geltung bringen“, so Bürger weiter.

Bund Deutscher Forstleute (BDF) – Landesbund Thüringen

Ehrenamt ist ausgezeichnet

„Jeder dritte Thüringer engagiert sich in seiner Freizeit ehrenamtlich. Unsere Engagierten tun dies für das Gemeinwohl freiwillig und unentgeltlich.“ So umschreibt die Thüringer Ehrenamtsstiftung das Engagement von vielen Menschen. Tatsächlich würde unsere Gesellschaft ohne das Ehrenamt nicht funktionieren. Viele Aufgaben werden dadurch abgedeckt, in allen Lebensbereichen.

Davon können wir auch ein Lied singen: Der BDF Thüringen ist vollständig ehrenamtlich organisiert. Das hat Vor- und Nachteile. Aber auf jeden Fall gebührt allen Engagierten großer Dank. Das geht im Alltag häufig unter. Die Thüringer Ehrenamtsstiftung will das ändern: Im November 2019 fand die Thüringen-Gala statt. Neben der Wiedervereinigung stand dabei auch das Ehrenamt im Mittelpunkt des Abends.

Stellvertretend für alle Ehrenamtlichen, die in Thüringen tätig sind, zeichnete eine Jury drei Thüringer Engagement-Botschafter für 2020 aus: die Erfurter Revierförsterin Uta Krispin, Frank Baumgarten von der Stiftung Landleben und den Bürgermeister von Ponitz, Marcel Greunke. Sie dürfen die



> Marcel Greunke, Uta Krispin, Frank Baumgarten (von links).

Erlöse des Abends für ihre ehrenamtlichen Projekte ausgeben.

Über die Auszeichnung von Uta Krispin haben wir uns natürlich

besonders gefreut. Seit vielen Jahren schon ist sie dem BDF treu und vertritt die Interessen der Forstleute auf verschiedenen Ebenen ganz energisch. Sie leitet im Forstamt Erfurt-Will-

rode das Revier Erfurt. Darüber hinaus engagiert sich Uta Krispin seit vielen Jahren ehrenamtlich im Förderverein des historischen Forsthauses Willrode, organisiert dort jedes Jahr zahlreiche Veranstaltungen und gibt dem Ort eine besondere Seele. Daneben ist sie insbesondere für die Umweltbildung aktiv, weit mehr als die Dienstpflicht vorgibt.

Wir gratulieren Uta Krispin ganz herzlich und bedanken uns für ihr langjähriges Engagement und wünschen ihr weiterhin viel Freude, Kraft und Inspiration für ihr Tun!

*Jens Düring,
Pressereferent und
stellvertretender
Landesvorsitzender
BDF Thüringen*

Stellvertretende tbb Vorsitzende Drischmann in der Jury

Salzmann-Preis des Freistaates Thüringen

Am 28. November 2019 ehrte Thüringens Minister für Bildung, Jugend und Sport, Helmut Holter, im Erfurter Augustinerkloster zehn Persönlichkeiten mit dem Salzmann-Preis 2019.

Der Salzmann-Preis wird seit 2013 in Anerkennung und Würdigung von langjährigen Verdiensten und eines engagierten, verantwortungsbewussten Wirkens im Bildungsbereich vergeben. Das umfasst frühkindliche, schulische oder außerschulischer Bildung und Personen, die zum Gelingen

von Bildungsprozessen durch ein besonderes persönliches Engagement beitragen oder die sich in Bildungsinstitutionen in besonderer Weise engagieren.

Namensgeber des Preises ist der Thüringer Reformpädagoge Christian Gotthilf Salz-



> Helmut Holter (Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport), Anja Köpper (Salzmann-Preisträgerin 2019), Birgit Drischmann (stellvertretende tbb Vorsitzende) (von links)

„Studiere deine Kinder, aus ihren Anlagen und Neigungen entwickle deinen Erziehungsplan.“

Christian Gotthilf Salzmann

mann (1744 bis 1811), der die beispielhafte Landeserziehungsanstalt Schnepfenthal gründete und als pädagogi-

scher Praktiker und Autor wegweisende Werke hinterlassen hat. Eine unabhängige Jury, zu der auch die stellver-

tretende tbb Vorsitzende Birgit Drischmann gehört, wählt unter den Vorgeschlagenen die Preisträgerinnen und Preisträger aus. Dabei werden folgende Kriterien berücksichtigt:

- > Preis für die Umsetzung eines innovativen Projekts oder Vorhabens
- > Preis für besonderes pädagogisches Engagement

> Preis für den Aufbau wertschätzender Beziehungen

In den Laudationen wurden die Leistungen und Werte der Preisträgerinnen und Preisträger noch einmal betont und ihnen damit gedankt und Wertschätzung entgegengebracht. Die Freude bei den Geehrten konnte man in deren Gesichtern ablesen.

BBBank-Veranstaltung

„Bildung in Deutschland – Der öffentliche Dienst schafft Zukunft“

Am 3. Dezember 2019 lud die BBBank unter dem Motto „Bildung in Deutschland – Der öffentliche Dienst schafft Zukunft“ nach Sachsen ein.

Auch der tbb war mit einigen Vertretern seiner Mitglieds-gewerkschaften aus Thüringen vertreten. Die Abendver-anstaltung – ein jährliches Highlight mit wechselnden Standorten – konnte mit inte-

ressanten Vorträgen, musika-lischer Unterhaltung und einem gemütlichen Ausklang überzeugen. Prominente Red-ner würdigten die zentrale Funktion des öffentlichen Dienstes.



© Christian Hüfner/BBBank (4)

Rechtzeitig Plätze sichern!

Frauenseminar „Nein sagen“ in Planung

Die tbb frauenvertretung plant derzeit ihr aktuelles Seminar zum Thema „Nein sagen“ am 15. und 16. Mai 2020 in Apolda.

Es scheint ein schweres Wort mit vier Buchstaben zu sein. „NEIN“. Häufig sagen wir „Ja“, obwohl wir eigentlich „Nein“ sagen möchten. Wir ärgern uns über uns selbst, da wir uns im Alltag zu viel aufladen lassen und unser Tag aus 30

Stunden und mehr bestehen könnte. Deshalb ist es wichtig, den „Ja“-Weg zu verlassen und ein ehrliches „Nein“ für sich und seine Umgebung zu akzeptieren. „Nein sagen“ ist nicht schlimm, tut nicht weh – es will aber gelernt sein.

Wenn Sie Interesse an diesem spannenden Thema haben, so planen Sie bereits heute den Termin 15. bis 16. Mai 2020 in Apolda fest ein.

Eine Anmeldung erfolgt über die Landesgeschäftsstelle des

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen. Weiterführende Informationen zum Frühjahresseminar der Frauen werden zeitnah online gestellt unter www.thueringer-beamtenbund.de

tlv – thüringer lehrerverband

Aktuelle Schülerprognosen für Thüringen

Die Spatzen pfeifen es seit Jahren von den Dächern, nun ist die bittere Wahrheit ans Licht gekommen: Die KMK und damit auch das Kultusministerium in Thüringen haben lange mit viel zu niedrigen Schülerzahlen gerechnet.

Dabei werden die Hilferufe aus den Schulen schon seit Längerem immer lauter. Die Personalfrage duldet keinerlei Aufschub mehr. Das Argument, es seien schließlich mehr Lehrkräfte als je zuvor eingestellt worden, kann angesichts der aktuellen Zahlen und Bedarfsprognosen nicht mehr geltend gemacht werden.

Ab sofort darf es in Thüringen keine einzige voll ausgebildete Lehrkraft mehr geben, die sich hier bewirbt und nicht umgehend unbefristet eingestellt und verbeamtet wird. Es ist Zeit, über den Tellerrand zu schauen und nach Sachsen zu blicken, wo es längst die Besoldungsstufe A 13 für die Grundschullehrer gibt. Oder nach Mecklenburg-Vorpommern, wo schulscharfe Einstellungen für junge Lehrkräfte inzwischen die Regel sind. Auch wer-

den Lehrkräfte dort nicht befristet als Vertretungen angestellt, sondern selbst dann sofort unbefristet eingestellt und verbeamtet, wenn sie zu nächst für bis zu zwei Jahren

an anderen Schulen aushelfen, ehe sie ihren endgültigen Einsatz erhalten.

Der tlv bietet, im Sinne seines Herbstappells, der Politik nochmals und eindringlich seine Unterstützung bei der Entwicklung von Lösungskonzepten an. Die prekäre Situation lässt sich nur in einer Zusammenarbeit des Kultusministeriums, der nach demokratischen Grundsätzen agierenden Par-

teien und des tlv als Brücke in die Praxis lösen. Andernfalls steuern wir direkt auf die Katastrophe zu. Mehr Unterrichtsausfall, mehr langzeiterkrankte Lehrkräfte und immer mehr nicht vorqualifizierte Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger werden die Folge sein.

*Rolf Busch,
Landesvorsitzender
tlv – thüringer lehrerverband*

